

Ära Hariri: Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg

Autor(en): **Schmid, Heiko**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **131 (2005)**

Heft 33-34: **Beirut**

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-108606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ära Hariri: Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg

Der vorliegende Beitrag nähert sich der Ära des Wiederaufbaus im Rückblick und versucht die städtebauliche, politische und gesellschaftliche Bedeutung anhand des Projekts zum Wiederaufbau des Beiruter Stadtzentrums zu erfassen.

Die libanesische Hauptstadt Beirut war im Verlauf des von 1975 bis 1990 andauernden Bürgerkriegs zu einer von Flüchtlingen geprägten und fragmentierten Stadt geworden. Das gesamte Stadtgebiet wurde von zahlreichen innerstädtischen Grenzen durchzogen. Die Hauptdemarkationslinie teilte die Stadt in einen mehrheitlich christlichen Ost- und einen überwiegend muslimischen Westteil. Diese so genannte grüne Linie verlief zugleich quer durch das vormals florierende Stadtzentrum und hatte das ursprüngliche Nebeneinander von traditionellen Suks und modernen Geschäftszentren in ein Niemandsland mit Minen, Barrikaden und Heckenschützen verwandelt.

«Schweiz des Nahen Ostens»

Erst mit dem Ende der Kampfhandlungen konnte ab 1990 mit den Planungen zum Wiederaufbau des Stadt-



1

Der Masterplan von Solidere definiert unterschiedliche Bebauungsdichten (hell- bis dunkelblau) und verschiedene Zonen: hellgelb = öffentliche und religiöse Bauten, dunkelgelb = archäologische Stätten, grün = Grünflächen (Bild: Solidere)

2

Einer der Zeugen der Zerstörung durch den Bürgerkrieg (Bild: Heiko Schmid)



zentiums begonnen werden. Die Beiruter Bevölkerung verband mit dem Wiederaufbau grosse Erwartungen: Vor allem wollte man die Erinnerungen an den Bürgerkrieg überwinden und wieder an die prosperierende Vorkriegszeit anknüpfen, als der Libanon noch die «Schweiz des Nahen Ostens» und Beirut das «Paris des Vorderen Orients» genannt wurden. Das Stadtzentrum war dabei in zweierlei Hinsicht bedeutend: Es symbolisierte sowohl das friedliche Miteinander der verschiedenen Religionsgruppen vor dem Krieg als auch die massiven Zerstörungen und Auseinandersetzungen während des Bürgerkriegs. Kurz nach dem Ende des Bürgerkriegs trat der Bauunternehmer Rafiq al-Hariri mit einer Wiederaufbaustudie an die Öffentlichkeit, die eine massive Umgestaltung des Stadtzentrums vorsah (Bild 1). Im Rahmen der Planungen sollten nicht nur weite Teile des Stadtzentrums abgerissen und mit einer modernen Hochhausbebauung versehen werden, sondern auch ehemalige Mieter und Eigentümer enteignet und die im Stadtzentrum untergekommenen Bürgerkriegsflüchtlinge evakuiert werden. Darüber hinaus sahen die Pläne die Gründung einer privaten Wiederaufbaugesellschaft vor, die als Entschädigung Aktienanteile an die ehemaligen Mieter und Eigentümer ausgeben sollte. Für die Finanzierung der Wiederaufbauarbeiten sollten zahlreiche Investoren gewonnen werden, die man ebenfalls am Aktienkapital der Wiederaufbaugesellschaft beteiligen wollte. Diese privatwirtschaftliche Lösung, die dem Staat die Kosten für den Wiederaufbau ersparen sollte, stiess allerdings bei den betroffenen Mietern, Eigentümern und Flüchtlingen auf vehemente Ablehnung. Auch die Öffentlichkeit empörte sich über die rigiden Wiederaufbaupläne, die die historische Bausubstanz und damit das kulturelle Erbe der Stadt grossteils zerstören und durch eine uniforme Hochhausbebauung ersetzen würden.

Die erste öffentliche Debatte

Im Sommer 1991 war der Wiederaufbau des Stadtzentrums das beherrschende Thema in Beirut. Die Medien berichteten über die vorgestellten Pläne, aber auch über die zahlreich vorgetragene Kritik von Architekten, Schriftstellern und Künstlern. Es entstanden Oppositionsgruppen und Bürgerinitiativen, vornehmlich natürlich aus den Reihen der betroffenen Eigentümer und Mieter im Stadtzentrum, aber auch von Seiten Intellektueller und Stadtplaner: Mit der Debatte um den Wiederaufbau hatte sich erstmals nach dem Krieg die libanesisches Zivilgesellschaft zurückgemeldet. Entsprechend bezeichnete der Soziologe Nabil Beyhum die Debatte als «the first public debate since the beginning of the war, and the first on urban matters in Lebanon's

history».¹ Erstmals nach 16 Jahren Bürgerkrieg bestand die Chance, Konflikte weitgehend friedlich und ohne die Waffe in der Hand zu lösen.

Trotz der öffentlichen Empörung und der gesellschaftlichen Debatte war die Entscheidungsfindung keinesfalls von einem breiten Konsens geprägt, sondern repräsentierte in gewisser Weise die neuen Machtverhältnisse nach dem libanesischen Bürgerkrieg. Bereits 1991 wurde Hariri als nächster Ministerpräsident gehandelt und vor allem in Wiederaufbaufragen als kompetenter Ansprechpartner und Initiator angesehen. Hariri konnte so schliesslich die Nominierung einiger seiner Vertrauten für wichtige Staatsämter durchsetzen und den Wiederaufbau nach seinen Plänen anstossen. Mit der Ernennung zum Premierminister hatte Hariri Ende 1992 schliesslich alle nötigen Machtbefugnisse in der Hand, um seine Vorstellungen vom Wiederaufbau zu verwirklichen. Noch kurz vor Hariris Amtseinführung hatte zudem das alte Ministerkabinett den von Hariri initiierten Master-Plan für das Stadtzentrum abgesegnet. Unter Hariris Einfluss verabschiedete schliesslich auch das Parlament im Dezember 1992 ein neues Wiederaufbaugesetz, das die geplanten Enteignungen sowie die Schaffung privater Wiederaufbaugesellschaften ermöglichte. Der Weg für einen privatwirtschaftlich organisierten Wiederaufbau war damit gebet.

Unter der Patronage von Hariri gelang es, die notwendigen Investoren für das Projekt zu gewinnen und insgesamt 650 Mio. US-Dollar an Investitionen einzuwerben. Mit diesem Kapitalstock konnte 1994 die Wiederaufbaugesellschaft Solidere (Société Libanaise pour le Développement et la Reconstruction du Centre-ville de Beyrouth) gegründet werden. Die als Aktiengesellschaft organisierte Solidere übernahm sogleich die Regie des Wiederaufbaus und entschädigte die früheren Mieter und Eigentümer über die Ausgabe von Anteilsaktien. Auf diese Weise erhielten die Enteigneten Aktien im Nennwert von insgesamt 1170 Mio. US-Dollar, während die Investoren weitere 650 Mio. US-Dollar in Aktien hielten. Die Leitung der Aktiengesellschaft war jedoch auf Grund des stark zersplitterten Grundbesitzes fest in der Hand der Investoren und wurde weitgehend von Hariri kontrolliert: Als ersten Aufsichtsratsvorsitzenden von Solidere wählten die Aktionäre mit Nasser Chammaa einen Vertrauten und früheren Mitarbeiter des Premierministers.

Abriss und Räumung

Nachdem bereits 1992 – noch ohne jegliche gesetzliche Grundlage – die ersten Gebäude im Stadtzentrum abge-

rissen worden waren, liess Solidere die Abbrucharbeiten im Sommer 1994 fortsetzen. In kurzer Zeit wurden beschädigte wie unbeschädigte Gebäude abgebrochen und weite Flächen abgeräumt. Insgesamt wurde damit bis Mitte der 1990er-Jahre weitaus mehr Bausubstanz abgerissen, als im Bürgerkrieg selbst zerstört worden war (Bilder 4 und 5). Mit der Implementierung der Wiederaufbaugesellschaft Solidere, der Enteignung der Mieter und Eigentümer und mit dem weitgehenden Abbruch der überkommenen Bausubstanz war der Wiederaufbauprozess faktisch nicht mehr umkehrbar (Bild 3). Gleichwohl sahen sich Hariri und Solidere einer ganzen Reihe von oppositionellen Akteuren gegenüber, die auch nach der faktischen Implementierung des Wiederaufbauprojekts ihre Interessen öffentlich vertraten und die gesellschaftliche Debatte um den Wiederaufbau immer wieder anheizten.

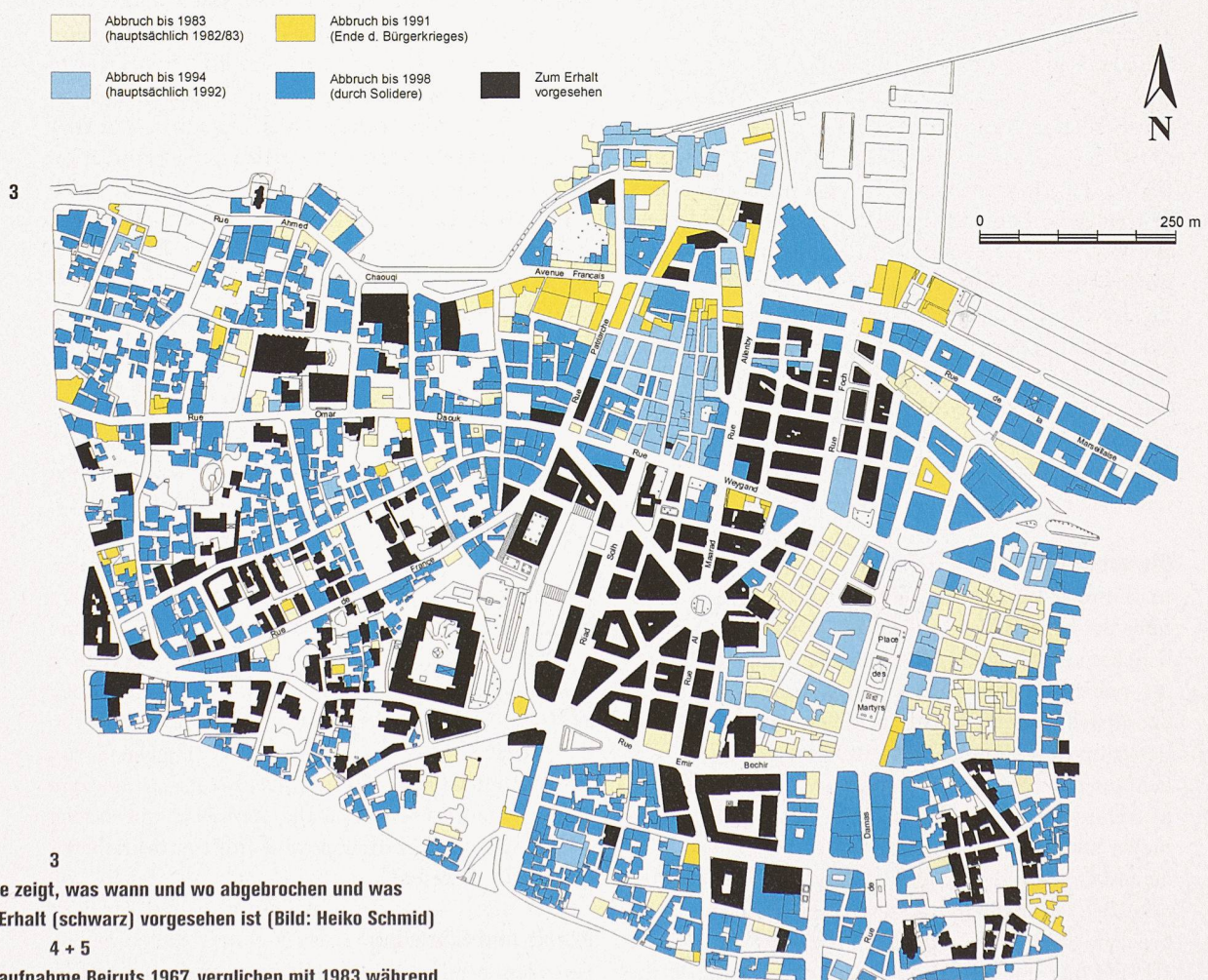
Die übergangenen Interessen der enteigneten Mieter und Eigentümer

Das stärkste Engagement gegen das Projekt kam von den enteigneten Anspruchsberechtigten, also den ehemaligen Eigentümern und Mietern des Stadtzentrums. Viele von ihnen schlossen sich in verschiedenen «Enteignetenausschüssen» zusammen und versuchten, vornehmlich durch Gerichtsverfahren und eine anhaltende Öffentlichkeitsarbeit, das Wiederaufbauprojekt zu

revidieren. Die Enteigneten veranstalteten Pressekonferenzen, trafen sich mit politischen und religiösen Führern und organisierten Demonstrationen und Flugblattaktionen. Sie konnten letztlich aber nur einen Bruchteil der über 120 000 Anspruchsberechtigten mobilisieren, sodass die Aktionen, obwohl öffentlichkeitswirksam inszeniert, keine breiten Massen auf die Strassen brachten.

Trotz der anhaltenden Aktivitäten mussten sich die Enteigneten letztlich den überlegenen Strategien Solideres beugen. Anders als bei den von Hisbollah und Amal protegierten Flüchtlingsfamilien setzte Solidere die Enteignung und Räumung der Gebäude gegen die noch im Stadtzentrum verbliebenen Mieter und Eigentümer gewaltsam durch. Solidere inszenierte überdies die Gründung einer wiederaufbaufreundlichen Gegenbürgerinitiative, um damit zugleich den einseitigen Standpunkt der oppositionellen Enteignetenausschüsse zu belegen.

Viele der von den oppositionellen Enteignetenausschüssen initiierten Gerichtsverfahren wurden entweder gleich abgelehnt oder auf Jahre hin verschleppt. Den speziell für die Solidere-Angelegenheiten eingerichteten Gerichten wurde zudem eine gewisse Affinität zur Regierung Hariri nachgesagt. Auch die Erfolge in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung waren eher begrenzt, da die Bürgerinitiativen mit ihren bescheidenen Mitteln



nur schwer gegen die finanziell gut ausgestattete Solidere Gesellschaft und deren Öffentlichkeitsarbeit ankamen.

Städtebauliche Kritikpunkte

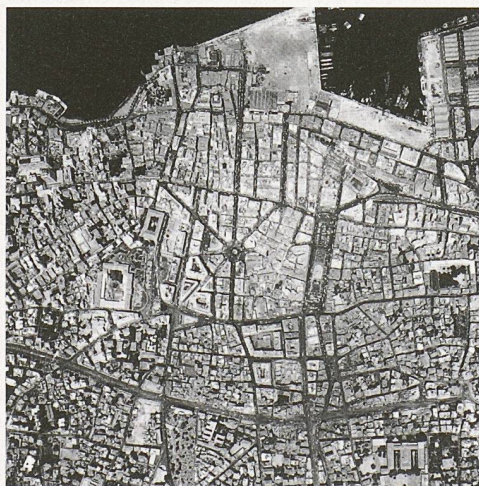
Bereits 1991 nach der Vorstellung der ersten Wiederaufbaupläne meldeten sich zahlreiche Wissenschaftler und Planer zu Wort. Sie agierten in den Medien als glaubwürdige und unabhängige Experten und konnten eine breite öffentliche Debatte über Ziele und Inhalte des Wiederaufbaus anstoßen. Die oppositionellen Experten kritisierten vor allem den rüden Stil einer Flächensanierung sowie den Abbruch weiter Teile des ursprünglichen Stadtzentrums. Angegriffen wurde aber auch der «inselhafte» Charakter der Planung, der eine angemessene bauliche, funktionale und soziale Einbindung der umliegenden Viertel ausser Acht lasse und die im Krieg vollzogene Teilung der Stadt in West- und Ostbeirut morphologisch zementiere. Mit Vorträgen, Konferenzen und Fernsehauftritten wirkte die Gruppe der Wissenschaftler und Planer auf eine Änderung des Solidere-Projekts hin. Ergebnis der kurzzeitigen öffentlichen Empörung war zunächst eine Überarbeitung des ersten Master-Plans, die einige städtebauliche «Entschärfungen» mit sich brachte, aber an den konzeptionellen Überlegungen bezüglich Wiederaufbaugesellschaft und Enteignung festhielt. Hariri hingegen verkaufte die Planänderung in der Öffentlichkeit tak-

tisch geschickt als Einbindung der Kritik. Überdies bot Solidere – im Sinne einer Integrationsstrategie – den oppositionellen Wissenschaftlern und Planern eine Mitarbeit innerhalb des Wiederaufbauprojekts an. Die meisten Experten lehnten dies als korumpierend ab; dennoch gelang es Solidere, mindestens zwei hochrangige Architekten zu gewinnen und deren Mitarbeit als Zustimmung der Opposition darzustellen.

Der Grundbesitz der religiösen Stiftungen

Wie in vielen anderen orientalisch-islamischen Städten besteht auch in Beirut Grundbesitz religiöser Stiftungen (awqaf). Neben den sunnitischen Awqaf Islamia und der Makassad existieren auch Stiftungen der maronitischen, der griechisch-orthodoxen und der griechisch-katholischen Kirche. Da der Besitz religiöser Stiftungen, solange er Gewinn abwirft, unveräusserlich ist, waren hier frühzeitig Konflikte bei einer Enteignung, Flächensanierung und Neuplanung des Stadtzentrums abzusehen. Diesem Konfliktpotenzial wurde dadurch Rechnung getragen, dass Kirchen und Moscheen bei den Planungen grundsätzlich ausgenommen blieben. Darüber hinaus sollten die religiösen Stiftungen ihre Grundstücke im Stadtzentrum aber aufgeben und ebenfalls mit Aktien entschädigt werden.

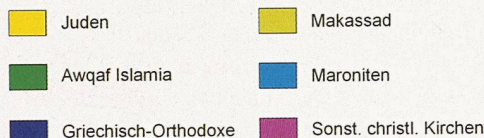
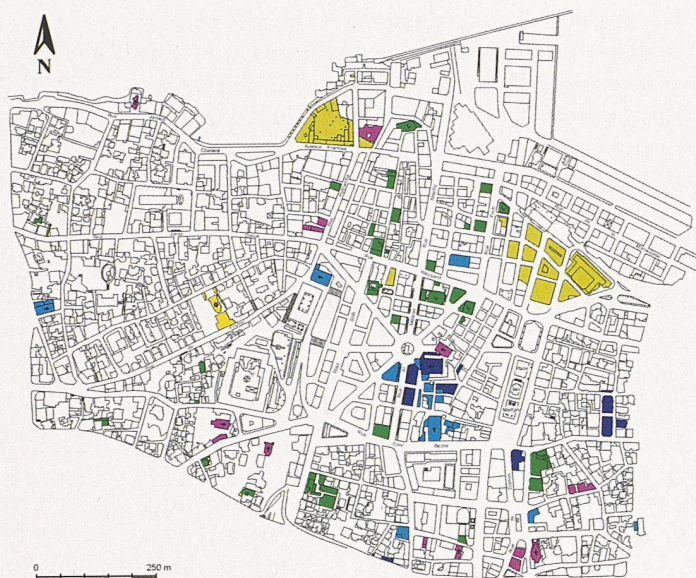
Solidere billigte den religiösen Stiftungen unter der Hand weitaus bessere Entschädigungen als den «normalen» Alteigentümern zu. Auf diese Weise wurde mit den christlichen Stiftungen und der sunnitischen Makassad eine Lösung gefunden. Den Widerstand der ebenfalls sunnitischen Awqaf Islamia konnte Solidere dagegen auf Grund der fortbestehenden religiösen Bedenken nicht so einfach lösen. Hier war statt einer Enteignung lediglich eine Art «Flurbereinigung» möglich, d.h. mehrere Besitzanteile an verschiedenen Grundstücken wurden in einem neuen Grundstück zusammengefasst. Im Ergebnis erreichte Solidere damit gleichwohl eine drastische Reduzierung der Stiftungsgrundstücke im Stadtzentrum, sodass der Weg für eine durchgreifende Neuordnung frei war (Bilder 6 und 7).



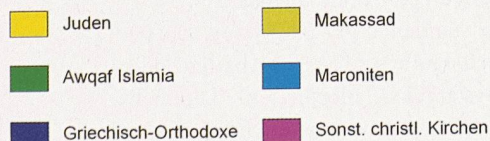
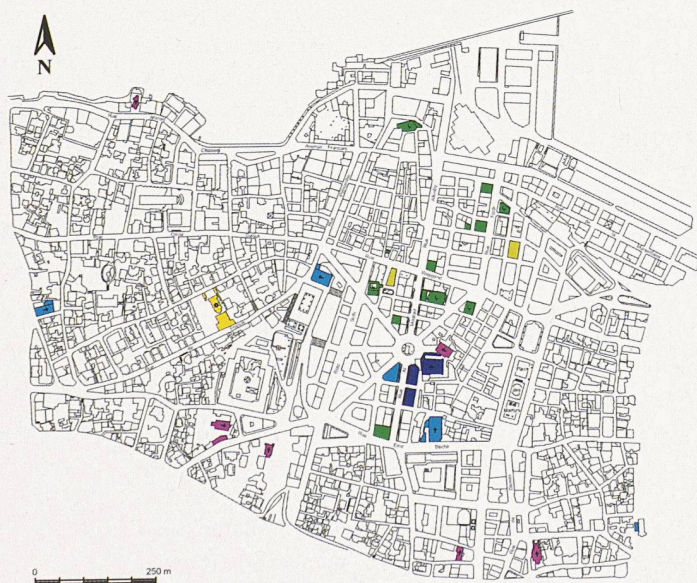
Die Bürgerkriegsflüchtlinge im Stadtzentrum

Nicht ganz so einfach funktionierte die Problemlösung bei der Evakuierung der zumeist schiitischen Flüchtlingsfamilien, die während des Bürgerkriegs im Stadtzentrum Unterkunft gefunden hatten und von den schiitischen Parteien Hisbollah und Amal protegirt wurden. Anfängliche Versuche einer gewaltsamen Räumung, aber auch der Entmietung durch Massnahmen wie Kappen von Versorgungsleitungen, Lärmbelästigungen oder Verwüstungen musste die Wiederaufbaugesellschaft auf Druck von Hisbollah und Amal hin aufgeben.

Solidere und Hariri standen unter Zugzwang, da sie einen schnellen Wiederaufbau propagiert hatten, den nun die Flüchtlingsfamilien blockierten. Letztlich konnte Solidere die Widerstände erst durch sehr hohe finanzielle Entschädigungszahlungen aufbrechen, wobei die schiitischen Parteien Hisbollah und Amal als «Anwälte» der Flüchtlinge eine zentrale Rolle spielten. Zwischen der Solidere-Gesellschaft und den schiitischen Parteien entwickelte sich rasch ein Feilschen um



6



7

6 + 7

Der Grundbesitz religiöser Stiftungen – vor 1991 (oben) und nach der Enteignung (unten) – hat sich sichtlich reduziert (Bild: Heiko Schmid)

die Höhe der Entschädigungszahlungen. Die Flüchtlinge erkannten ihre Chance, sukzessive immer höhere Zahlungen bei der unter Zeitdruck stehenden Solidere zu erreichen. Über die offiziellen Entschädigungssummen zwischen 8000 und 12000 US-Dollar pro Flüchtlingsfamilie hinaus sollen in Einzelfällen bis zu 100000 US-Dollar bezahlt worden sein. Auf diese Weise musste Solidere für die rund 5000 bis 6000 Flüchtlingsfamilien im Stadtzentrum eine Summe von über 300 Mio. US-Dollar aufbringen – fast die Hälfte ihrer gesamten liquiden Mittel.

Letzten Endes hat Solidere das Stadtzentrum regelrecht leergekauft, um im Anschluss an die Evakuierung sofort mit dem Abriss der Gebäude beginnen zu können. Eine andere Strategie als die finanzielle Entschädigung war angesichts der politischen Brisanz des Flüchtlings-themas kaum denkbar, zumal eine Rückkehr der Flüchtlinge in die südlibanesischen Gebiete zum damaligen Zeitpunkt wegen der israelischen Besatzung nicht möglich war.

Politische Kultur etabliert

Die verschiedenen Teilkonflikte zeigen die hohe Brisanz, aber auch den besonderen gesellschaftlichen Stellenwert des Wiederaufbauprojekts im Beiruter Stadtzentrum. Hariri musste das Projekt nicht nur in der Öffentlichkeit vehement verteidigen, sondern auch gegen die unterschiedlichsten Interessen der beteiligten Akteursgruppen wie Flüchtlinge, religiöse Stiftungen oder Mieter und Eigentümer durchsetzen. Dies gelang Hariri letztlich nur unter Aufbietung aller politischen und finanziellen Kräfte und teilweise auch nur durch den Einsatz undemokratischer bzw. illegaler Mittel (vgl. Entmietungsmassnahmen oder Belohnung von Mitstreitern durch Bauaufträge). Viel bedeutungsvoller war jedoch die Tatsache, dass sich trotz der teilweise unfairen Mittel in der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau wieder eine gewisse politische Kultur und eine vergleichsweise friedliche Umgangsweise etablieren konnten. Die unterlegene Opposition musste keinesfalls eine gewaltsame Lösung befürchten und konnte ihre Meinung und ihren Protest weitgehend unbehelligt an die Öffentlichkeit tragen: «No one was killed by Mr. Hariri and no one on the board of Mr. Hariri was killed after 16 years of war. It was something excellent».² In einer Stadt, in der 16 Jahre lang Konflikte mit der Waffe ausgetragen wurden, bildete diese Tatsache einen in dieser Hinsicht bemerkenswerten Fortschritt.

Dr. Heiko Schmid arbeitet am Geographischen Institut der Universität von Heidelberg
heiko.schmid@urz.uni-heidelberg.de
www.geog.uni-heidelberg.de/direkt/schmid_link.htm

Anmerkungen

- 1 Beyhum, N.: The Crisis of Urban Culture: The Three Reconstruction Plans for Beirut. The Beirut Review 2 (1992) H. 4, S. 50.
- 2 Interview mit Nabil Beyhum am 18.02.1999.